

Dokumentation Polittalk „Fachliche Grundlagen zur Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung für Kinder im Grundschulalter ab 2026 - reicht das?!“

am 20. Juni 2024

online von 9.30 Uhr - 12.00 Uhr als Zoom-Videokonferenz

Veranstalter: Freie Wohlfahrtspflege NRW

Moderation: Rebecca Link

Teilnehmende: ca. 200 Personen

Programm:

9.30 – 9.45 Uhr Begrüßung und Einführung

Frau Link begrüßt alle Teilnehmenden, klärt Organisatorisches und stellt den Ablauf dar.

9.45 – 10.15 Uhr Impulsvortrag „Fachliche Grundlagen“

Marion Gebauer (Der Paritätische NRW) und Sigrid Schmeddes (DiCV Münster) geben eine Einordnung der „Fachlichen Grundlagen“, die im März 2024 vom Landeskabinett gebilligt wurden, siehe Präsentation (Anlage 1).

10.15 – 11.30 Uhr Polittalk und Diskussion

Jugendpolitische Sprecher*innen: Dr. Dennis Maelzer (SPD), Eileen Woestmann (Grüne)

Schulpolitische Sprecher*innen: Frank Müller (SPD), Lena Zinsheim-Zobel (Grüne), Claudia Schlottmann (CDU), Franziska Müller-Rech (FDP)

Trägervertreterin: Elke Kotthoff (Caritasverband Kleve)

Das Publikum wird per Chat und eigene Wortbeiträge eingebunden.

Kurze Zusammenfassung der Diskussion:

Frau Link (Moderatorin) startet mit der Frage, warum es kein Gesetz gibt. CDU und Grüne verweisen darauf, dass weitere Umsetzungsregelungen in Planung sind. Man wolle sich Zeit nehmen (beste Qualität brauche Zeit, Bildung habe Vorfahrt). Die Fachlichen Grundlagen seien nicht das Ende des Prozesses, man könne aber nicht sagen, ob (und wann) ein Ausführungsgesetz komme oder nicht.

SPD und FDP spekulieren, das Gesetz komme aufgrund der Finanzen/Kosten nicht (nicht weil man sich fachlich nicht einig sei) und fragen die regierenden Fraktionen nach einem konkreten Zeitplan. Kinderschutz und Qualität müsse im Vordergrund stehen. So wie es jetzt läuft, könne es nicht weitergehen.

Etliche Träger legen ihre Finanznot offen, OGS-Standorte müssten bereits wegen unzureichender Refinanzierung abgegeben werden. Man benötige eine Handlungsstrategie für morgen und nicht für 2026. Zurzeit gebe es keine gute Versorgung der Kinder bzw. entspreche sie nicht dem fachlichen Anspruch der Träger. Weiterhin sei die Qualität der OGS abhängig von den Kommunen, während die Landesregierung sich raushalte. Solche Unterschiede in der Qualität seien nicht hinnehmbar.

Die SPD führt an, dass ein Rettungsprogramm für die OGS nötig sei. Beim letzten Rettungsversuch habe die Kita wenig, die OGS nichts bekommen.

CDU und Grüne signalisieren, selbst mit der Situation unzufrieden zu sein, es seien Absprachen der Finanzen mit anderen Bereichen nötig, es gebe Sparvorgaben. Man müsse auch die Trägersituation (Unterfinanzierung, Personalmangel) vom Ausbau trennen. Ein Zeitplan wird zeitnah versprochen.

Weitere Themen in der Diskussion sind u.a. Ausschreibungen, Fachkräftemangel, Beteiligung von Förderschulen, maximal vier Wochen Schließzeiten in den Ferien, fehlende Räume, keine Mindeststandards.

Frau Link fasst am Ende der Diskussion zusammen, was die Teilnehmenden sich wünschen: **Verbindlichkeit durch eine gesetzliche Regelung, Zeitpläne, Transparenz, auskömmliche Finanzierung, Fachkräftemangel mitdenken, Elternaspekte bedenken, gesundheitliche Probleme des Personals, Räume/Platzmangel beachten, rhythmisierter Ganzttag**

Abschließend stellt Frau Link an die Gäste aus Politik noch einmal die Frage: „Was passiert, wenn bei den Trägern das Licht ausgeht?“

Die Oppositionsparteien meinen, die Verantwortung falle dann auf die Kommunen, das Land sei raus. Man sei an einem Scheidepunkt, was man jetzt kaputt mache, könne nicht mehr repariert werden. Die Landesregierung solle ein Problem nach dem anderen angehen, ein Plan sei jetzt wichtig - keine Wunder, aber ein Stufenplan.

Die Regierungsfractionen signalisieren man sei in intensiven Gesprächen, habe die Dramatik der Situation verstanden. Die Landesfinanzsituation sei schlecht, aber man müsse sich intensiv kümmern.

Da aus zeitlichen Gründen nicht alle Fragen aus dem Chat beantwortet werden können, werden diese gesammelt und den Teilnehmenden im Nachgang zur Verfügung gestellt, siehe Anlage 2.

11.30 – 11.45 Uhr Ausblick

Björn-Christian Jung (Diakonie RWL) erläutert die kommenden Aktivitäten der Freien Wohlfahrtspflege NRW zur OGS (als Sachverständige bei einer Anhörung im NRW-Landtag am 25.06.2024 zum Thema Rechtsanspruch, Pressemeldungen und Positionspapiere der LAG, weitere Veranstaltungen). Weitere Informationen unter www.freie-wohlfahrtspflege.nrw.de siehe letzte Folie der Präsentation, (Anlage 1).

11.45 – 12.00 Uhr Abschluss und Verabschiedung

Frau Link bedankt sich bei allen Beteiligten für den regen Austausch und verabschiedet die Teilnehmenden.

Fachausschuss OGS der Freien Wohlfahrtspflege NRW:

Sabine Burkhardt (DRK)

Marion Gebauer (Der Paritätische)

Björn-Christian Jung (Diakonie)

Dr. Michael Maas (AWO)

Sebastian Pilarz (AWO)

Sigrid Schmeddes (DiCV)